

Untergrundtätigkeit, politische; Vorfeld

Gesamtheit negativer politisch-ideologischer Grundhaltungen, gesellschaftswidriger, oppositioneller sowie feindlich-negativer Verhaltensweisen und Handlungen, die in ihren praktisch-politischen Konsequenzen und Entwicklungstendenzen eine reale Bezogenheit zur politischen Untergrundtätigkeit haben und in diese Umschlagen können.

Zum V. der politischen Untergrundtätigkeit gehören vor allem:

Diskussionen negativen und feindlichen Inhalts über längere Zeit in bestimmten Personenkreisen und Gruppierungen, die zu den → Zielgruppen des Gegners gehören, bei denen prinzipienlos Mängel, Mißstände sowie Entwicklungsprobleme im Sozialismus zum ständigen Diskussionsgegenstand gemacht werden, Grundprobleme der Politik von Partei und Regierung in Frage gestellt und Argumente, die der Gegner ständig in der politisch-ideologischen Diversion gebraucht, übernommen und verbreitet werden sowie ständige negative politische Diskussionen auf der Grundlage von sozialismusfeindlicher, in der DDR nicht zugelassener Literatur in solchen Personenkreisen und Gruppierungen,

das Verfassen und Verbreiten von Schriften politisch-ideologisch unklaren, vom Marxismus-Leninismus und den Grundfragen der Politik der Partei abweichenden oder sie entstellenden Inhalts, besonders wenn der Verdacht besteht, daß es sich um Anfänge einer feindlichen Plattform handelt, Versuche von Personen, durch Ausnutzung und Mißbrauch legaler Möglichkeiten, z. B. im Rahmen des Kulturbundes, der Urania oder tenter dem Deckmantel der Religion, in Diskussionsabenden, Bücherlesungen u. a. die Ideologie des Gegners zu verbreiten, Mängel, Schwierigkeiten und Entwicklungsprobleme unserer Gesellschaft aufzubauschen und zu einer negierenden Kritik an Grundfragen der Politik von Partei- und Staatsführung und unserer gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt auszudehnen sowie die Organisierung von Lesungen oder von Ausstellungen im privaten Bereich, in denen negative Literatur bzw. negative Werke der bildenden Kunst publiziert oder verbreitet werden, besonders dann, wenn dazu negative oder feindlich eingestellte Personen bevorzugt hinzugezogen werden, das häufige Auftreten von rechtswidrigen Ersuchen auf Übersiedlung in die BRD und nach Westberlin in bestimmten Bereichen, Territorien, besonders dann, wenn diese Ersuchen überwiegend politisch motiviert werden, ihrem Inhalt nach provokatorisch und mit Drohungen verbunden sind, wenn wiederholt die gleichen feindlich-negativen Argumente auftreten und die Art und Weise der Begründungen darauf schließen läßt, daß die